

# Das Pfingstfest sollte eigentlich Mut machen

Zur: „Ein Anti-Pfingsten“ und „Weiter so bedeutet den Untergang“, FR-Meinung und -Wirtschaft vom 4. Juni

## Mit mehreren Stimmen sprechen

Als Leser, der über 50 Jahre Sonntag für Sonntag versucht hat, die Botschaft des Geistes Jesu Menschen zu vermitteln, habe ich aufmerksam und mit Gewinn den Artikel gelesen. Viele Aussagen des Autors kann ich gut unterstreichen. Nur die Feststellung nicht, dass die christlichen Kirchen weit davon entfernt sind, mit einer Stimme zu sprechen. Sollen etwa alle Kirchen dasselbe erklären? Das Verhalten der russisch-orthodoxen Kirche will ich hier ausklammern.

Mir ist es wichtig, dass die verschiedenen christlichen Kirchen die Deeskalation und Schritte zu Friedensverhandlungen im Blick haben. Wenn dieses Bemühen sich auf verschiedenen Wegen zeigt, dann sprechen sie mit einer Stimme. Dann wird der Geist von Pfingsten, der Geist des Friedens spürbar.

Franz Boegerhausen, Oldenburg

## Kompassnadel mit Orientierungsproblemen

Wie aber, wenn unsere Zeit sich in einem entscheidenden Punkt unterscheidet von jenem „zu allen Zeiten“; darin nämlich, dass

diese Kompassnadel nicht mehr als Orientierungsmaß ausreicht, vielmehr ein zwingendes „Muss“ markiert: „Jetzt oder nie mehr!“ Eben weil die Weltgesellschaft nur noch ein kleines Zeitfenster von vielleicht zehn oder 20 Jahren zur Verfügung hat, um radikal umzusteuern – und dabei der gesamte militärisch-industrielle Komplex dringend liquidiert werden müsste: Keine zwei Billionen plus für Kriegsgüter jährlich! Keine 100 Milliarden Sondervermögen Bundeswehr! Keinen einzigen Krieg mehr – ab sofort!

Wie, wenn diese – zugegeben irrwitzige, weil illusorische – Forderung eine absolut notwendige, wenn auch noch lange nicht hinreichende – Bedingung dafür wäre, jene sich längst anbahnenden „tödlichen Konsequenzen“ der Klimaentwicklung zu vermeiden?

Die FR zu Pfingsten titelt eine Analyse von Joachim Wille mit: „Weiter so bedeutet den Untergang“ – und skizziert genau die letzten Jahrzehnte als ein „Schlimmer nur“, weil „Weiter so“. Doch Wille vermag in seinem Schlusssatz „immerhin einen Lichtblick auf der einen Erde, die wir haben“ zu identifizieren – einen „grotesken“ Eindruck, nicht mehr! Der Ukraine-

Krieg zwingt den Westen, etwas zu „begreifen“. Was? Nun: „Weiter so bedeutet den Untergang!“ Mein „Wort zum Pfingstfest“ aus meiner Jugend als CVJMler: „Mutig voran!“ Die so vollmundig angekündigte „Zeitenwende“ ist wohl eher ein „Weiter so“ – mit erhöhtem Tempo.

Thomas von Freyberg, Frankfurt

## Ein Appell ohne Nachdruck

Schön, dass sich Joachim Frank anlässlich von Pfingsten mit den Stimmen der Kirchen zum Ukraine-Krieg beschäftigt und fordert, dass die Kirchen die Friedenshaltung der Bibel vertreten soll. Es wäre noch schöner, wenn die FR auch entsprechende Äußerungen aus den Kirchen (und anderen Religionsgemeinschaften) veröffentlichen würden. Am 23.2.2022 richteten viele Kirchen und religiöse Organisationen der Ukraine einen Appell an Präsident Putin. Am 24.2.2022 erhielt ich über Pax Christi diesen Appell. Ich habe versucht, in meinem Nahbereich diesen Appell zu verbreiten. Ich habe den Appell aber weder in kirchlichen noch in anderen Zeitungen abgedruckt gefunden. Auch keinen Hinweis dazu.

Michael Strake, Hütschenhausen

# Kreative Konfliktlösungen sind gefragt

Zur Frage: Wie kann Wladimir Putin sein Gesicht wahren? „Altes Denken“, FR-Meinung vom 7. Juni

## Auge um Auge, Zahn um Zahn

In der Friedenslogik zu denken heißt, vom Ziel des Friedens her zu denken und sich in Analyse und Praxis davon leiten zu lassen. Matthias Kochs Kommentar zum Vorschlag von Frankreichs Präsident Macron, für ein Ende des Krieges über gesichtswahrende Strategien für Wladimir Putin nachzudenken, mündet in seiner Forderung: „Dieser Mann muss vor Gericht“. Gleichzeitig bewertet Koch diese Bemühungen von Macron als „hartherzig“ und sie seien allein dem französischen Wahlkampf geschuldet, um sogenannte „Putin-Versther“ zu „beeindrucken“.

Leider ist der Geist von Kochs Kommentar noch älterem Denken geschuldet und erinnert an das alttestamentliche „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Kreative Konfliktlösungen, die auch historisch belegt sind, scheinen unbekannt.

Seine Forderung nach einer Strafergerichtsbarkeit für Putins Kriegsverbrechen wirkt auf den ersten Blick angemessen. Bei näherer Betrachtung der Handlungsfähigkeit der internationalen Strafergerichtsbarkeit mit der bewussten Ignoranz durch die UN-Sicherheitsratsmitglieder USA, China und Russland erscheint dies jedoch als völlig unwirksam. Die genannten Staaten haben sich dem internationalen Strafrecht entzogen, um militärische Übergriffe ihrer Soldaten zu schützen. Zum Ende dieses grausamen Krieges trägt der

Vorschlag von Matthias Koch konkret so wenig bei wie die ständige Erweiterung westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine.

Gefragt sind kreative Politiker, die ihr diplomatisches Handwerkszeug gelernt haben und diesem mehr vertrauen als der militärischen Logik des „Freund-Feind-Denkens“. Nur so wird das Ziel des Friedens im Blick behalten und alle Maßnahmen werden entsprechend geprüft.

Auch wenn die Mehrheit in Medien und Politik daran glaubt, dass dieser Krieg im 21. Jahrhundert mit den gewaltsamen Mitteln längst vergangener Jahrhunderte zu gewinnen sei, ändert das nichts daran, dass dies in eine Sackgasse mit Gewaltopfern und Verlierern auf allen Seiten führen wird! Jeder Vorschlag abseits der Kriegsrhetorik wird hingegen dringend benötigt und muss wohlwollend diskutiert werden!

Dirk Schneider, Helmenzen

## Wer A sagt, muss auch B sagen

Matthias Koch entspricht dem Wunsch vieler Europäer, wenn er Putin wegen des verbrecherischen Angriffskriegs vor Gericht gestellt sehen möchte. Aber vor welches Gericht?

Die Antwort darauf übergeht Koch, denn sie wäre brisant. Zunächst fiele einem der Internationale Strafergerichtshof ein, der aber hier kaum zuständig ist: Russland hat wie die anderen

Großmächte das Römische Statut nicht unterschrieben. Und wer hier die moralische Keule zücken möchte, der dürfte die Großmacht USA nicht außen vor lassen. Die haben nicht nur nicht ratifiziert, sondern 2002 ein Gesetz verabschiedet, das die Zusammenarbeit mit dem IStGH sanktioniert. Wäre Koch denn auch dafür, Kriegsverbrecher wie George W. Bush oder Donald Trump und deren Minister vor Gericht zu zitieren? Ich glaube, eher nicht! Zumindest hört man von ihm dazu nichts.

Und wie steht es mit den völkerrechtswidrigen Drohnenmorden unter Obama und auch Biden (noch nach dem Abzug 2021 wurden ein knappes Dutzend unschuldige Zivilisten in Afghanistan getötet – „aus Rache“); die Drohnen werden teilweise unter („wertebasierter“?) deutscher Beteiligung (Ramstein) gesteuert. Oder wie wäre es mit dem Kashoggi-Mord-Auftraggeber Bin Salman, der nebenbei jahrelang die jemenitische Bevölkerung mit seinen Bombenangriffen „beglückt“ hat – mit Unterstützung der USA?

Vielleicht könnte man Putins habhaft werden, wenn er sich ins Ausland begibt. Dieser Fall wird sicher nicht eintreten, weil Putin nicht naiv ist. Bleibt für mich als einzige Möglichkeit ein russisches Gericht – er wird sicher nicht in ukrainische Hände fallen. Ein demokratisches Russland könnte Putin zur Rechenschaft ziehen; das ist aber weit und breit nicht in Sicht.

Bernd Knierim, Worms



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20220609](http://frblog.de/f20220609)

## FR ERLEBEN

**Tobias Schwab** moderiert die Diskussion „Zero Rights? – Menschenrechtsverletzungen und internationale Solidarität bei Coca-Cola“. Mit Susanne Uhl (Gewerkschaft NGG), Johann Botella (Coca-Cola Europacific Partners Deutschland), Enrico Somaglia (European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions), Ansaar Khaliq (International Union of Food, IUF). Keine Anmeldung, Eintritt frei. Livestream: [youtube.de/hausamdom](http://youtube.de/hausamdom)  
**Dienstag, 21. Juni, 18 Uhr**  
**Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt**

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen politischen Themen. Livestream: [www.fr.de/hebelsstunde](http://www.fr.de/hebelsstunde)  
**Freitag, 30. Juni, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

# In vollen Zügen

Neun-Euro-Ticket: „Das Gute am Chaos“, FR-Meinung vom 7. Juni

Wer hat denn diese Billigfahrkarte in die Welt gesetzt? Die Politik oder die Anbieter des öffentlichen Verkehrs? Bei Letzteren waren und sind die verfügbaren Kapazitäten auch schon ohne Billigfahrkarte bis an die Hutschnur ausgelastet. Und dann kommen die Berliner Dienstwagenfahrer auf die Schnapsidee, noch mehr Leute in Busse und Bahnen zu pressen. Alles nur zur Kompensation für die Tankstellensubvention der FDP – Tankrabatt genannt. Nachdem nun auf den Bahnhöfen und in den Zügen Zustände herrschen wie bei den Butterfahrten nach dem Krieg wird kein einziger Neukunde für den ÖPNV zu gewinnen sein, falls das mal die politische Absicht gewesen sein sollte.

Nikolaus Jöckel, Offenbach

# Totales Versagen

„Zeitenwende“: „Verzögertes Bewusstsein“, FR-Meinung vom 3. Juni

Es ist völlig richtig, dass auch die neue Regierung, maßgeblich durch eine irrlichternde FDP blockiert, weiterhin viel zu wenig für die Energiewende und für den Klimaschutz tut. Aber dass ausgerechnet die kernkorrupte Union wenige Wochen nach Regierungswechsel eine Zeitenwende der Politik fordert, ist wirklich ein Treppenwitz der Geschichte. Seit rund 40 Jahren ist die Wissenschaft sich einig, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel durch den Ausbau erneuerbarer Energie bekämpft werden muss. In diesen 40 Jahren hat die Union über 32 Jahre die Regierungen geführt. Und hat in dieser Zeit vor allem eines getan: die Energiewende sabotiert, wo immer dies möglich war.

Erstens stellt sich die Frage, warum die Union dies getan hat und wer davon profitiert hat. Zweitens müssen wir jetzt mit dem Erbe dieser Politik leben: einem Krieg, der zu nicht kleinen Teilen mit deutschem Geld für fossile Lieferung bezahlt wird. Und mit den wirtschaftlichen Folgen dieser Abhängigkeit von fossilen Energien, die lange schon überwunden hätte werden können, wenn die kernkorrupte Union nicht konsequent die Wünsche der fossilen Industrie erfüllt hätte.

Wenn die Heißluftpumpe aus München und Blackrock-Fritze meinen, mit der „Kölner Erklärung“ die neue Regierung vor sich her treiben zu müssen, dann ist das nicht einmal die Hälfte der Wahrheit. Denn es war die Union, die die Ukraine, Deutschland und Europa in diese mehr als missliche Lage gebracht hat. Totales Versagen, einzig für den Nutzen sehr weniger. Gut, dass diese Union in der Opposition ist und hoffentlich auch lange bleibt. Stefan Bluemer, Esslingen